

Fortschritt heute: Länger arbeiten und weniger verdienen

**„Nur wenn deutsche Löhne mit polnischen, indischen und chinesischen konkurrenzfähig sind, können wir Arbeitsplätze in Deutschland halten.“ –
Worauf die Erpressungsmacht des Kapitals beruht und warum sie immer größer wird.**

Deutsche Konzerne trauen sich heutzutage etwas Neues: Sie verlangen ganz offen unbezahlte Mehrarbeit. Daimler-Chrysler will aus seiner Mannschaft in Stuttgart und Sindelfingen pro Jahr 500 Millionen Euro zusätzlich herauswirtschaften, VW plant die Personalkosten um 30 % zu senken; Bosch, Siemens, Opel, MAN, KarstadtQuelle usw. machen es ebenso oder haben es vor. Und was für die feinen Großkonzerne gilt, gilt erst recht für den Mittelstand und die kleinen Klitschen – von Ostdeutschland ganz zu schweigen: Tarifverträge werden offen missachtet oder in Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Gewerkschaft ausgehebelt und umgangen: Die Arbeitszeit wird verlängert und das Lohn Einkommen wird in ein paar Monaten um mehr gekürzt, als die Lohnerhöhungen der letzten 15 Jahre eingebracht haben.

Die Unternehmer begründen das einmal mit Verlusten (Karstadt, Opel), ein andermal fragen sie gerade in Jahren mit Rekordgewinnen provozierend: „Muss ein Unternehmen denn erst kurz vor dem Konkurs stehen, bevor sich etwas bewegt?“ (FAG Kugelfischer) und setzen in „einem der profitabelsten Automobilwerke der Welt“ (Werkleiter DaimlerChrysler/Sindelfingen) Lohnkostensenkungen durch. Gleichgültig ob Unternehmen Branchenführer mit Supergewinnen sind oder Verluste bilanzieren; gleichgültig, ob sie ihre Konkurrenten mit zusätzlichen Kostensenkungen vom Markt fegen wollen oder ob sie sich mit Kostensenkungen vor dem Konkurs retten wollen, immer haben sie dieselbe Diagnose: Die Arbeitskräfte in Deutschland arbeiten zu wenig und kosten zu viel. Also heißt die Lösung für alle ihre unterschiedlichen Konkurrenzbedürfnisse immer: *Verlängerung der Arbeitszeit plus Lohnsenkung*. Die einen wie die anderen verweisen auf den

Zwang der Konkurrenz, der ihnen keine andere Wahl lasse. Dabei üben sie diesen Zwang durch die Verfolgung ihres Geschäftszwecks selbst gegeneinander aus – und dieser Geschäftszweck heißt nun einmal Profit und lebt davon, dass Arbeitskräfte für die Firma arbeiten und nicht für sich. Je mehr Leistung sie abliefern und je weniger sie davon haben, desto besser für die Rendite und desto besser für die Fähigkeit der Firma, der Konkurrenz Marktanteile wegzunehmen. So herrscht das Interesse der Kapitaleigner in Form eines ganzen Systems von Sachzwängen und jede einzelne Firma „muss“ immerzu genau das, was sie will: Sie muss bei ihrer Jagd nach Profit gegen Konkurrenten erfolgreich sein, sonst geht sie unter. Aber ist das ein guter Grund für die Lohnabhängigen, dem Profitinteresse des Kapitals den eigenen Lebensstandard zu opfern? Oder beweist das nur, dass die Arbeiterschaft nicht nur einem einzelnen raffgierigen Bösewicht gegenübersteht, mit dem sie fertig werden muss, sondern einem ganzen Wirtschaftssystem?

Vorrang des Profits vor dem Lohn

Die Unternehmer jedenfalls, die selbstbewusst für den Vorrang des Profits vor dem Lohn argumentieren, verlassen sich nicht auf ihre Überzeugungsarbeit. Mit der Verordnung längerer Arbeitszeiten für weniger Geld stellen sie praktisch klar, dass der Lohn keine Frage einer gerechten Entlohnung von Leistung & Entgelt ist, sondern eine Frage der Macht: Wenn sie sich stark genug fühlen und die Gegenwehr schwach genug ausfällt, ändern sie einfach Leistungsanforderungen und Entlohnung in ihrem Sinn. Den Belegschaften, die das nicht gleich einsehen wollen, kommen sie mit Erpressung. Sie drohen, deutsche Standorte zu schließen und anderswo „Arbeit zu geben“, wo das ausbeutbare Elend noch grö-

ßer ist – und ebenso die Bereitschaft, sich alles gefallen zu lassen. Aus dem weltweiten Überangebot von Arbeitsleuten suchen sie sich ganz frei die billigsten und leistungsfähigsten heraus. Und nur wenn die einheimischen dieses Kriterium nach Preis und Leistung erfüllen, tun sie selbstverständlich auch ihnen den Gefallen, sie auszubeuten. Wie Mafiosi drücken die Unternehmer ihre Erpressung als ein Angebot an die Belegschaften aus, das die nicht ablehnen können: „Nur wenn deutsche Löhne mit polnischen, indischen usw. konkurrenzfähig sind, können wir Arbeitsplätze in Deutschland halten.“

Ausnutzung der Abhängigkeit der Arbeiter

Bei ihrer Erpressung setzen die Konzerne auf die Abhängigkeit der „Arbeitnehmer“ von der Arbeit, die sie „geben“, – und auf den Willen ihrer Leute, den Ansprüchen dieser Abhängigkeit gerecht zu werden. Und wie es aussieht, können die Kapitalisten auch darauf setzen. Die erpressten Arbeitsleute sollten aber eines wissen: Genau mit ihren Anstrengungen, die Renditeansprüche des Kapitals zu erfüllen und selbst für weniger Geld mehr zu leisten, reiten sie sich immer tiefer in die Scheiße. Genau dadurch vergrößern sie die Erpressungsmacht des Kapitals, die ihnen zu schaffen macht.

(Fortsetzung S. 2)

Arbeitskreis
„Arbeit und Reichtum“
- neue Termine..... S. 2
Die falsche Gegenwehr
gegen
Massenentlassungen... S. 3

(Fortsetzung von S. 1)

Worauf die Erpressungsmacht des Kapitals beruht und warum sie immer größer wird

1. Die meisten Menschen in den modernen Volkswirtschaften sind, um sich die Mittel fürs Lebens beschaffen zu können, darauf angewiesen, dass ihnen jemand „Arbeit gibt“. Sie können die Arbeit, die nötig ist, um das herzustellen, was sie brauchen, nicht selbst erledigen; denn sie verfügen nicht über die nötigen Mittel zur Produktion. Die Eigentumsordnung reserviert einer kleinen Minderheit die Verfügung über Werkzeuge und Maschinen, Grund und Gebäude, Erfindungen und Know-how. Diese Minderheit arbeitet nicht, sondern lässt arbeiten – und zwar unter der Bedingung, dass die Arbeit, die sie verrichten lässt, erst einmal ihr einen Gewinn einbringt.

Die Vergrößerung des Reichtums der Reichen ist die Vorbedingung der Arbeit, die das Lebensnotwendige heranschafft. Arbeit, die keinen Profit abwirft und nur dem Arbeitenden nützt, gibt es im Kapitalismus nicht. Nur deshalb gibt es Arbeitslose, Leute die Arbeit brauchen und nicht kriegen können.

2. Für ihren Gewinn sind die Unternehmer auf die Dienste ihrer Beschäftigten angewiesen. Aber sie gehen mit dieser Abhängigkeit so um, dass daraus keine wechselseitige Erpressungsfähigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsteht, sondern dass die Sache schön einseitig bleibt. Da der Lohn, von dem die Beschäftigten leben müssen, für die Unternehmer Kosten sind, setzen sie überall neueste Maschinerie ein und machen die Arbeit, die sie bezahlen, immer produktiver. Das könnte ein Segen für die Menschheit sein. Technisch gesehen wird es nämlich von Jahr zu Jahr leichter, das Notwendige und Wünschenswerte herzustellen und zu beschaffen – technisch gesehen nimmt die notwendige Arbeit also ab. Aber im Kapitalismus findet der technische Fortschritt selbstverständlich nicht statt, um den Arbeitern mehr Güter zugänglich zu machen oder um ihnen Arbeit zu ersparen. Er findet statt, um dem Kapital Lohnkosten zu ersparen – entsprechend sehen seine Wirkungen aus: Wenn Firmen den technischen Wirkungsgrad der Arbeit steigern und in einer Stunde das Ergebnis von vorher zwei Arbeitsstunden erarbeiten lassen, dann entlassen sie die eine Hälfte ihrer Beschäftigten und sparen sich damit die Zahlung von deren Lebensunterhalt. Die verbliebene andere Hälfte kann dann, erpresst durch die Entlassungsdrohung, froh

sein, an den verbliebenen Arbeitsplätzen weiterarbeiten zu dürfen – wenn sie Glück hat, zum alten Lohn. Dadurch senken die Unternehmer ihre Lohnkosten und steigern ihren Gewinn. Die Form der Arbeitszeitverkürzung, die der Kapitalismus kennt, heißt *Arbeitslosigkeit* – und mit der Produktivität der Arbeit in den Fabriken wächst die Zahl derer, die ins Elend abstürzen, weil das Kapital ihre Dienste nicht mehr braucht. Ihre Not ist die andere Seite des wachsenden Kapitalreichtums.

3. Zusammen mit ihrem Reichtum wächst die Erpressungsmacht der Kapitaleigner. Sie verwenden die durch ihren Fortschritt geschaffenen Arbeitslosen als Kampfmittel gegen ihre Beschäftigten. Je produktiver die Arbeit, desto größer die Zahl der national und weltweit Arbeitlosen; und je größer deren Zahl, desto härter und glaubwürdiger die Drohung der Kapitalisten, noch billigere Arbeitslose an Stelle der angestammten Belegschaften anzustellen. Eben dadurch, dass die einen gar nicht mehr arbeiten dürfen, werden die anderen dazu erpresst, wieder länger zu arbeiten. Arbeitslosigkeit und Überarbeit gehören in diesem System zusammen, und nichts ist hier undenkbarer, als dass diejenigen, die zu viel

arbeiten müssen, sich die Arbeit mit denen, die gar nicht arbeiten dürfen, teilen könnten.

4. Der freiheitliche Staat baut die Erpressungsmacht der Unternehmer zum kompletten Zwangssystem aus: Er beschimpft die vom Kapital überflüssig gemachten und auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Erwerbslosen als Schmarotzer mit „Mitnahmentalität“, verpasst ihnen als „Alternative“ zu „Erwerbsarbeit“ 345.– Euro Existenzminimum – und zwingt sie so erst recht in eine Billigkonkurrenz gegen die Beschäftigten. Sie müssen jede Arbeit zu jedem Preis annehmen und drücken dadurch den Lohn aller.

*

So wächst im Zeitalter nahezu vollautomatischer Fabriken und inmitten des größten Überflusses an Produkten aller Art die Armut. Die einen werden für Dienste am Kapital nicht mehr gebraucht und verlieren mit der Arbeit ihr Einkommen. Die anderen, die „Arbeit haben“, verteidigen ihren Status gegen die Billiglöhner dadurch, dass sie ihnen immer ähnlicher werden – immer fleißiger nämlich und ärmer: so sieht er aus, der Fortschritt heute.

Wer das für einen Wahnsinn hält und nicht für ein hinzunehmendes Naturgesetz des „menschlichen Wirtschaftens“ – erst recht aber, wer meint, dagegen könne man letztlich doch nichts machen –, der ist eingeladen zum

Arbeitskreis „Arbeit und Reichtum“

An folgenden Terminen treffen wir uns im neuen Semester:

Jeweils Dienstags um 19.00, am

18.10.2005, Thema: These 7 -

„Der Zwang zur Konkurrenz ist kein Sachzwang des ‚Produzierens‘: als solcher ist die Redeweise pure Heuchelei. In Wahrheit kennzeichnet dieser Zwang die Bedingung, unter der das Interesse der Unternehmer sich realisiert: die Macht des Eigentums betätigt sich als Kampf der Unternehmen gegeneinander um das in der Gesellschaft vorhandene Geld.“

25.10.2005, Thema: These 8 -

„Gewinne machen erfordert Preissenkung – Preissenkung heißt Lohnsenkung“

08.11.2005, 22.11.2005, 06.12.2005, 13.12.2005

genaue Themen jeweils nach Absprache

im **Raum 130, HWP**

Von-Melle-Park 9, Universitätscampus

(Wegen aktueller Änderungen bitte nachschauen unter www.gsp-hamburg.de.

Dort finden sich auch die „Thesen zu Arbeit und Reichtum“).

Literaturhinweis:

Arbeit und Reichtum, Sonderdruck aus GEGENSTANDPUNKT 4-96 und 1-97, 60 Seiten, gebunden, 5,- €, Gegenstandpunkt Verlag, München 2004, ISBN 3-929211-08-4

Die Gegenwehr gegen Massenentlassungen: Wie Arbeiter mit Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung dafür „zahlen“, dass sie weiter ausgenutzt werden – wenn es sich für das Unternehmen rentiert.

Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Entlassungen – kaum ein deutsches Unternehmen, das nicht daran arbeitet. Erfolgreiche Firmen wollen so ihren Erfolg sichern und vergrößern, weniger erfolgreiche wollen so wieder erfolgreich werden. Für alle besteht der Weg zum Erfolg darin, Kosten zu senken, um ihre Konkurrenten auf dem Markt preislich unterbieten zu können. Für die Lohnkosten heißt das: aus weniger Arbeitern zu geringerem Lohn mehr Leistung herauszuholen. Mehr unbezahlte Arbeit steigert den Gewinn der Unternehmen und beschränkt in gleichem Maße den Lebensunterhalt der Arbeiter. Je weniger die Arbeiter bekommen, je mehr sie dafür arbeiten, desto besser für das Unternehmen.

Gegensatz von Lohn und Gewinn

Auf diesem grundsätzlichen Gegensatz beruht die Marktwirtschaft und dazu bekennen sich ihre Vertreter, wenn sie das „Soziale“, das ihr früher zugeschrieben wurde, als historische Verirrung brandmarken. Die letzten und die einzigen, die von diesem Gegensatz nichts wissen wollen, die ihn im Gegenteil nach besten Kräften demontieren, sind die professionellen Vertreter und Sprecher derer, die darunter zu leiden haben: *Gewerkschafter*, die hartnäckig auf der netten Vorstellung bestehen, bis neulich noch hätten Kapitalinteresse und Arbeitnehmerbedürfnisse bestens harmonisiert. Dabei könnte es auch bleiben, würden in die „Unternehmensstrategie“ nur schlauere „Weichenstellungen“ eingebaut. Ganz realistisch gehen auch die gewerkschaftlichen Unternehmensberater davon aus, dass die *Lohnkosten* eine Beschränkung des angestrebten Unternehmenserfolgs darstellen, und sie akzeptieren damit das Prinzip kapitalistischer Ausbeutung. Sie verweisen aber darauf, dass der größere Teil des Problems den *Fixkosten* – also den Kosten für Material und Maschinerie, für Vorprodukte und Buchhaltung – anzulasten sei, mit deren Höhe die Belegschaft doch gar nichts zu tun habe, für deren Senkung sie also auch nicht haftbar gemacht werden könne.

Zu teurer Lohn für die Nation

In der aufgeklärten Öffentlichkeit der Republik fangen sie sich damit die offensive Gegendarstellung ein, dass auch in diesen betrieblichen Fixkosten letztlich zu hohe Lohnkosten für zu viele Leute, die zu wenig arbeiten, drinstecken. *Für die Nation insgesamt soll gelten*: Der ganze Standort leidet vor allem darunter, dass die Leute insgesamt und überhaupt zu teuer sind und zu wenig schaffen. Nicht nur der Konkurrenzserfolg einzelner Firmen hängt davon ab, dass weniger Leute für mehr Arbeit schlechter bezahlt werden, die *Logik des Kapitalwachstums* gebietet das. Sie lässt nicht zu, dass alles so „bequem“ weitergeht wie bisher. Ziemlich unverblümt wird das ganze prächtige marktwirtschaftliche System als grundsätzlich arbeitnehmerfeindlich charakterisiert – und das sei richtig so und es gibt nichts daran zu verbessern.

Weit und breit keine wirksame Gegenwehr

Diese offensive Frechheit im Bekenntnis zur Gemeinheit ihres marktwirtschaftlichen Systems können sich Politiker, Wirtschaftsbosse und Expertenrunden leisten, weil die *praktische Durchsetzung* dieser Gemeinheit auf keine wirksame Gegenwehr, im Gegenteil auf ganz viel Verständnis trifft: So setzt das Kapital sein Interesse in den Betrieben auf ganzer Linie durch. Belegschaftsvertreter schimpfen zwar gern lauthals über „unternehmerische Fehlentscheidungen“ und halten so den Aberglauben an die prinzipielle Arbeiterfreundlichkeit eines richtig, nämlich erfolgreich gemanagten Kapitalismus hoch. Sie machen dann aber jeden Schritt mit zur einzugsystemkonformen Unternehmensstrategie, weniger Leute für weniger Lohn länger und effektiver arbeiten zu lassen, und schreiben das vertraglich fest. Kein Lohnbestandteil, der nicht zur Disposition stünde, und kein Stück Freizeit, das man nicht hergeben könnte: Die Unternehmensleitung diktiert

(Fortsetzung S. 4)

Lesetipp:

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-05

Die „gescheiterten“ EU-Referenden in Frankreich und den Niederlanden, und was Europas Nationen daraus machen: Krisenhafte Annäherung an die Frage aller Fragen: „**Welches Europa wollen wir eigentlich?**“

Amerikas ‚Krieg gegen den Terrorismus‘, Zivilabteilung: Umsturz von oben beim saudi-arabischen Vasallen

Die Herrscher über die wichtigsten Energiequellen der islamischen Weltreligion und des globalen Kapitalismus sollen ‚mehr Demokratie‘

Israels Rückzug aus dem Gazastreifen und die Demokratisierung der Palästinenser
Fortschritte des US-Antiterrorkriegs im Nahen Osten

Kampfansage der USA an den nordkoreanischen Diktator und die Diplomatie der 6er-Gespräche
Ein Stück amerikanische Ordnungspolitik im, für und gegen den „asiatisch-pazifischen Raum“

Inflation der Wahrheit: Kapitalismus braucht Armut · Neues aus der Wissenschaft: Rätsel unseres Gehirns · Ein gekonnt inszenierter Skandal: Sex & Crime im VW-Betriebsrat · Vorzeitige Neuwahlen, erster Akt: Der Kanzler stellt die Machtfrage · Die Antwort der Opposition auf die Machtfrage des Kanzlers: Führungskraft durch Ehrlichkeit wie noch nie · Verfassungspatriotisches Intermezzo: Die Neuwahlen und das Grundgesetz · Das Wahlversprechen des Jahres 2005: Arbeit - „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ · Die Linkspartei: Armut wird wieder lebenswert in Deutschland · Demokratischer Diskurs mit einer ‚Linkspartei‘ · Stoiber, Schönbohm u.a. über die Ossi, die falsch wählen, also offenbar nicht richtig ticken: Kein Wahlrecht den Frustierten! · Gewerkschaftliche Wahlprüfung: Das Vertrauen der Arbeiter gehört den staatstragenden Parteien · Bild kämpft für Sie! Der Spiegel hetzt für Sie! · Europas Diplomatie mit Iran: Deutsch-europäische Weltfriedenspolitik mit einem erklärten Feind Amerikas

ISSN 0941-5831, 180 Seiten € 13.–
Erhältlich über den Buchhandel oder über den GEGENSTANDPUNKT-Verlag,
Augustenstr. 24, 80333 München
Tel. 089/2721604 • Fax 089/2721605
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandpunkt.com

(Fortsetzung von S. 3)

die Ausbeutungsbedingungen, die sie für nötig hält, um ihre nächsten Konkurrenzkämpfe zu gewinnen – die Belegschaften in Gestalt ihrer berufenen Vertreter schlagen ein.

Aber natürlich nicht einfach so. Die ganze Könnerschaft einer gewerkschaftlichen Belegschaftsvertretung beweist sich darin, dass sie es fertig bringt, ihre Zustimmung zu den Ansprüchen des Managements in *Form eines Tauschgeschäfts* abzuliefern. Das geht sehr einfach: Sie stimmt allem zu; aber bei jedem einzelnen Punkt fällt ihr etwas ein, warum durch Zustimmung an diesem Punkt der Preis der hinzunehmenden Zumutung an anderer Stelle nicht ganz so hoch ausfallen würde wie ursprünglich angedroht. Lohnverzicht erspart den völligen Wegfall von Pausen; Mehrarbeit ohne Lohnausgleich mindert die Streichung von Urlaubs- oder Weihnachtsgeld; vor allem aber senkt Verzicht bei Lohn und Freizeit die Zahl derjenigen, denen per Entlassung ihre „bürgerliche“ Existenz insgesamt zerstört, zumindest in Frage gestellt wird.

Lohnverzicht gegen Arbeitsplatz-„sicherung“: ein schlechter Witz

„Unsere Leute zahlen einen Preis für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“, lobt IG Metall-Vize Huber. Als Tauschgeschäft ist das ein schlechter Witz: Der „Preis“ muss nämlich nicht einmalig auf den Tisch gelegt, sondern dauerhaft gezahlt werden. Niedrigerer Lohn und längere Arbeitszeit sind für die Zukunft als Beschäftigungsbedingungen festgeschrieben. Und als Gegenleistung handelt sich die Belegschaft damit noch nicht einmal das kleine Moment von Sicherheit ein, dass wenigstens alle, die davon abhängen, auch weiterhin im Betrieb ihren Lohn verdienen können. Sachkundige Betriebsräte verlangen da erst gar nichts „Unmögliches“, weil sie die Geschäftslage selbst so ähnlich einschätzen wie die Kapitaleseite. Wenn sie meinen, die Geschäftsleitung würde mit Massenentlassungen und Betriebsverlagerung drohen, in Wirklichkeit ginge es ihr aber „bloß“ um eine Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen, dann fordern diese Belegschaftsvertreter mutig: „Keine Entlassungen!“ Anschließend sind sie zu jeder Konzession bei Lohn und Leistung bereit. Wird ihnen von der Geschäftsleitung mitgeteilt, dass das natürlich gut und richtig sei, Überkapazitäten aber dennoch abgebaut werden müssten, dann fordern sie: „Keine betriebsbedingten Kündigungen!“ Damit akzeptieren sie Kündigungen unter allen anderen Titeln: Herausmobben, Frühverrentung, das Nichtersetzen der so-

genannten „natürlichen Fluktuation“ usw., weil sie die Sache genauso sehen wie die Geschäftsleitung: Der Betrieb muss schrumpfen, um wieder profitabel zu werden. Steht es um die Position des Betriebs in der Konkurrenz noch schlimmer, heißt die Forderung: „Keine Standortschließung!“ Das ist dann schon so gut wie die Unterschrift unter alle Entlassungspläne des Unternehmens. Darüber hinaus gelten alle Zugeständnisse, die der Firma abgerungen werden, nur zeitlich befristet, während die Konzessionen von Seiten des Betriebsrats dauerhaft angelegt sind. Und sie stehen unter dem Vorbehalt, dass die prognostizierten Marktbedingungen auch tatsächlich so eintreten, wie in der Abmachung unterstellt. Andernfalls wird „neu verhandelt“, über weitere Lohnsenkungen, weitere Arbeitszeitverlängerungen, weitere Entlassungen natürlich, und nicht über deren Zurücknahme. Ein verrückter Deal in jedem Fall: Die Belegschaft lässt sich besser ausbeuten – und bittet durch ihre eigene Interessenvertretung darum, dass das auch passieren möge.

Die Abhängigkeit der Arbeiter – Grundlage ihrer Erpressbarkeit

Dass Arbeitnehmer bereit sind, ihre Unterwerfung auf der ganzen Linie als eine Art Tauschgeschäft aufzufassen, sich also mit ihrer zunehmend verschlechterten Lebenslage auch noch einverstanden zu erklären, liegt daran, dass ihre gesamte Existenz vom Bedarf eines Unternehmens an Arbeitskraft abhängt. Das macht sie erpressbar! Die völlige Verelendung, die mit „Hartz IV“ drastisch ausgestaltet und jedermann vor Augen gestellt wird, ist die drohende Alternative zu jeder Arbeitnehmerexistenz. Vernünftig betrachtet ist das ein unwiderlegliches Argument für die Abschaffung dieser Art von Existenz. Die Betroffenen leisten sich allerdings den Fehler, in dieser eindeutigen Lage ihre private Schadensvergleichsrechnung aufzumachen – so machen sie nach der „Logik“ des kleineren Übels die zynische Rechnung mit, die mit ihnen angestellt wird. Ihre Abhängigkeit von jeder noch so brutalen Vorteilsrechnung ihrer Arbeitgeber legen sie sich zum guten Grund dafür zurecht, sich denen als ganz besonderes Schnäppchen in Sachen Lohn und Leistung anzubieten. Ausschließlich in diesem Unterwerfungsmanöver, das voll auf ihre eigenen Kosten geht, suchen sie ihr Heil. Die Konkurrenz um den Status des allernützlichsten Idioten ist eröffnet.

Diese Konkurrenz findet innerhalb der Betriebe und erst recht zwischen den Belegschaften verschiedener Betriebe statt.

Beim Wettbewerb zwischen den einzelnen Werksmannschaften präsentiert sich jede dem Management als die leistungsfähigste Profiterzeugungsmaschine, die die Welt je gesehen hat. Belegschaftseigene, meist gewerkschaftliche Co-Manager betören die Unternehmensleitung mit Sonderkonditionen, was aus ihrem Werk mit „abgespeckter“ Belegschaft an lohnender Leistung herauszuholen wäre – im Unterschied zu den lieben Kollegen anderswo. Alle mühen sich ab, um ihrem Unternehmen wieder zum Konkurrenzserfolg zu verhelfen. Der verschafft dem Unternehmen die Mittel für die nächste Rationalisierung, die Arbeiter überflüssig macht, und sorgt für neue Schiefagen bei den Konkurrenten, die sich genauso, nämlich mit Lohnsenkungen, Mehrarbeit und Entlassungen sanieren. So steigern sich die Betroffenen aktiv in die Schädigung hinein, die das Kapital ihnen antut.

Der Zynismus der „wirtschaftlichen Vernunft“

Das wird allenthalben als erstes Anzeichen von „wirtschaftlicher Vernunft“ bei den Gewerkschaften begrüßt. Die wirtschaftliche Vernunft in diesem besten aller Wirtschaftssysteme gebietet es nämlich, dass es Deutschlands Arbeitnehmern erst noch viel, viel schlechter gehen muss, bevor es mit Deutschlands Wirtschaft wieder aufwärts gehen kann.

Die Redaktion des
GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahresschrift

bietet Gelegenheit zur politischen Diskussion über aktuelle Themen und Beiträge des Gegenstandspunkts auf einem

jour fixe in Hamburg

Die nächsten Termine
(jeweils Dienstags):

1. November

29. November

20. Dezember

Beginn: 19.30
im Werkhof, Gaußstraße 25
(Nernstweg/Werkstatt 3)

Die jeweiligen Themen und etwaige Änderungen sind im Internet unter www.gsp-hamburg.de zu finden.